

06 Februar 2026

Stellungnahme

Hearing 2 – Technischer Jugendmedienschutz, Plattformgestaltung und Verantwortung digitaler Dienste

Die Institute for Strategic Dialogue gGmbH („ISD Germany“) ist ein unabhängiger, gemeinnütziger ‘Think & Do’ Tank mit Sitz in Berlin zur Entwicklung nachhaltiger Programme, um Hass, Extremismus und Autoritarismus entgegenzutreten. Als Tochterorganisation sind wir eng mit unserem global tätigen Team mit Standorten in London, Washington D.C. und Amman vernetzt, und sind führend in der datengetriebenen Analyse und Reaktion auf Demokratiegefahren. Unsere globale Perspektive ermöglicht uns, das transnationale Ökosystem demokratiefeindlicher Agitation in ihren Taktiken und Netzwerken umfassend zu analysieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden wiederum die Grundlage für unsere evidenzbasierte Beratungsarbeit. Zudem entwickeln wir auf Basis unserer Forschung innovative Schulungen und Präventionsprogramme.

Diese Stellungnahme bezieht sich auf das Hearing 2 der Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ am 13.02.2026. Sie fokussiert sich auf die Risiken für Kinder- und Jugendliche in Bezug auf Gewalt und Extremismus, plattformübergreifende Trends, sowie die Rolle von Empfehlungs- und Suchsystemen. Es wird ein ganzheitlicher Ansatz für Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt empfohlen, in dessen Mittelpunkt die Transparenz von digitalen Diensten steht.

Zusammenfassung:

- **Kinder und Jugendliche befinden sich in einer zunehmend hybridisierten Risikolandschaft, in der sich unterschiedliche Risiken miteinander verschränken.**
- **Social-Media-Plattformen werden häufig zur Ansprache und Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen ausgenutzt, während die weitere Radikalisierung auf kleineren Diensten stattfindet.**
- **Potenziell rechtswidrige wie auch legale, aber für Kinder schädliche Inhalte werden aufgrund unzureichender Schutzmaßnahmen vielfach durch Empfehlungs- und Suchsysteme ausgespielt, wobei Engagement-basierte Systeme ein besonderes Risiko darstellen.**
- **Transparenz von digitalen Diensten ist grundlegend, um angemessene wie effektive Schutzmaßnahmen umzusetzen. Dazu gehört insbesondere die Stärkung von Forschung und Datenzugang.**
- **Geltende Transparenz- und Rechenschaftspflichten für digitale Dienste, Medienintermediäre und Video-Sharing-Dienste sollten unabhängig, angemessen und konsequent durchgesetzt werden.**
- **Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes sollten zielgruppengerechte und wirkungsvolle Kompetenz- und Präventionsangebote nachhaltig gestärkt werden.**

1. Zunehmende Hybridisierung der Risikolandschaft

Kinder und Jugendliche bewegen sich heute in einem vielschichtigen Online-Umfeld, in dem unterschiedliche digitale Dienste, Funktionen und Netzwerke über nationale Grenzen hinaus miteinander verbunden sind. Dabei existieren sowohl Chancen zur Ausübung von Grundrechten als auch insbesondere Risiken, die sich aus der Verfügbarkeit und Nutzung digitaler Dienste ergeben. Denn Funktionen wie Empfehlungs- und Suchsysteme, Sharing-Mechanismen oder Kontaktmöglichkeiten bestimmen maßgeblich, wie Minderjährige bestimmte Inhalte finden und mit ihnen interagieren, und wie diese Wirkung entfalten.

Insgesamt kann bei Minderjährigen zwischen Inhalts-, Verhaltens-, Kontakt- und Verbraucherrisiken unterschieden werden. Außerdem existieren Querschnittsrisiken wie etwa für die Privatsphäre, in Bezug auf fortschrittliche Technologie (z. B. Künstliche Intelligenz, biometrische Erkennungsverfahren) sowie für die Gesundheit und das mentale Wohlbefinden.¹ Diese Risiken treten nicht selten gemeinsam auf und verstärken sich gegenseitig. Außerdem verschränken sich thematische Risikobereiche (z. B. Online-Antisemitismus, Verschwörungsmythen, Misogynie) eine zunehmende darstellt.² Hierbei entstehen neue Radikalisierungswege und Sicherheitsrisiken.³

Plattformübergreifende Trends

Extremistische Netzwerke nutzen immer wieder etablierte Social-Media-Plattformen, um neue Anhänger*innen zu rekrutieren. Die weitergehende Radikalisierung findet dann zumeist wiederum auf kleineren digitalen Diensten statt, die häufig teilöffentlich oder privat sind („Dark Social“).⁴

Eine ISD-Studie aus dem Jahre 2024 zeigt etwa, dass Inhalte, die Amokläufer*innen und Massenschießereien glorifizieren, für Minderjährige auf TikTok vielfach frei zugänglich waren. Ein Großteil der Inhalte wurde dabei von Minderjährigen selbst oder mit der Absicht verbreitet, Minderjährige anzusprechen. Minderjährige, die sich zunächst für Massenerschießungen interessierten, besprachen etwa Möglichkeiten und Wege, sich auf kleineren Messaging-Diensten wie Discord und Telegram zu extremeren Themen auszutauschen (z. B. Gruppeneinladungen, Zugangsdaten). In Letzteren wurden wiederum Inhalte aus nutzergenerierten Spielen, in denen Massenerschießungen simuliert werden, geteilt und diskutiert.⁵

Rolle von Empfehlungs- und Suchsystemen

Potenziell rechtswidrige wie auch legale, aber für Kinder schädliche Inhalte werden vielfach ohne ausreichende Schutzmaßnahmen von Empfehlungs- und Suchmaschinen der Social-Media-Plattformen an Minder-

¹ https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2021/01/children-in-the-digital-environment_9d454872/9b8f222e-en.pdf

² <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2024/08/Research-Compilation-on-Online-Antisemitism.pdf>

³ <https://www.isdglobal.org/digital-dispatch/online-radicalization-and-the-nexus-to-violence-in-the-us-2024-year-in-review/>

⁴ <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2020/03/ISD-The-Online-Ecosystem-of-the-German-Far-Right-German.pdf>

⁵ <https://www.isdglobal.org/digital-dispatches/minors-exposed-to-mass-shooter-glorification-across-mainstream-social-media-platforms/>

jährige ausgespielt. Dabei werden häufig solche Inhalte priorisiert, welche Ähnlichkeiten zu den Inhalten aufweisen, nach denen Nutzer*innen suchen, oder die zu ihren Interessensangaben vorliegen.⁶

Im Jahr 2024 führte das ISD eine mehrstufige Studie zu Inhalten durch, die Teenagern in den USA von YouTube empfohlen wurden. Die Untersuchung ergab, dass Jugendlichen mit angegebenem Interesse an Gaming sowohl sexuell explizite Videos als auch Inhalte zu Selbstverletzung und Selbstmord ausgespielt wurden. Videos zu Waffen und Ballistik sowie Inhalte, die den Einsatz von Waffen verherrlichten, wurden ebenfalls empfohlen. YouTube versah nur ein einziges ausgespieltes Video mit einem Warnhinweis.⁷

Eine weitere Analyse im Jahr 2024 demonstrierte, wie leicht Minderjährige über Instagram, YouTube und TikTok Zugang zu terroristischen Beiträgen erhalten können, wobei der Fokus auf IS- und al-Qaeda-Inhalten lag. Anhand weniger englischsprachiger Suchbegriffe wurden schnell 56 Beiträge, die eindeutig gegen die jeweiligen Gemeinschaftsstandards verstießen, gefunden. Von den gesuchten Begriffen waren nur 25 Prozent auf TikTok gesperrt. Auf YouTube und Instagram war sogar kein einziger Begriff gesperrt.⁸

Eine weitere Herausforderung ist das sogenannte „Engagement-Problem“. So steigt die Bereitschaft der Nutzer*innen zu Interaktionen mit Beiträgen, wenn letztere sich einem Grenzwert dessen nähern, was nach den Gemeinschaftsstandards erlaubt ist (z. B. Mobbing und Belästigung). Engagement-basierte Empfehlungs- und Suchsysteme stellen daher ein besonderes Risiko für die Verbreitung von potenziell rechtswidrigen wie auch legalen, aber für Kinder schädlichen Inhalten dar.⁹

2. Transparenz im Mittelpunkt eines ganzheitlichen Ansatzes

Vor dem Hintergrund der hybridisierten Risikolandschaft sollten Maßnahmenpakete ganzheitlich und systematisch sein. Dabei ist ein abgestimmtes Zusammenspiel von Maßnahmen in verschiedenen Ressorts und auf unterschiedlichen Governance-Ebenen (supranational, national, subnational) ratsam. Maßnahmen sollten die UN-Kinderrechtskonvention¹⁰ und potenzielle Rechtskonflikte berücksichtigen.

Stärkung von Forschung und Datenzugang

Um angemessene wie effektive Schutzmaßnahmen zu ergreifen, ist es erforderlich, die Evidenzgrundlage zur Rolle von digitalen Diensten in Bezug auf Risiken für Kinder und Jugendliche sowie zu ergriffenen Maßnahmen erheblich auszubauen. Erstens sollten Forschungsvorhaben zum Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt in Deutschland und auf EU-Ebene stärker gefördert werden (z. B. Weiterentwicklung von Förderkompetenzen und -richtlinien der Ministerien und Behörden, Zweckbindung von Förderungen im geplanten AgoraEU-Programm, Erhöhung des Forschungsetats des nationalen Digital Services Coordinator (DSC)). Zweitens sollten Initiativen für die Datennachnutzung sowie mehr Datenzugang bei kleineren digitalen

⁶ <https://www.isdglobal.org/digital-dispatch/men-algorithms-and-how-youtube-shapes-media-consumption/>

⁷ <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2024/06/Pulling-Back-the-Curtain-Executive-Summary-6.pdf>

⁸ <https://www.isdglobal.org/digital-dispatches/one-click-away-foiled-plot-targeting-taylor-swift-concert-highlights-minors-access-to-terrorist-content-online/>

⁹ <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2022/12/Wie-algorithmische-Ranking-Praktiken-unser-Online-Umfeld-beeinflussen.pdf>

¹⁰ <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention#pdf>

Diensten gezielt unterstützt werden (z. B. neue Initiative für die Entwicklung von Forschungsfunktionen). Und drittens sollten Universitäten, Thinktanks und zivilgesellschaftliche Organisationen, die zum Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt forschen, für die Zugänge zu Plattformdaten stärker sensibilisiert und geschult werden (z. B. neue Trainings- und Outreach-Programme).

Vor allem tiefgehende Analysen zu algorithmischen Empfehlungs- und Suchsystemen sowie zu technischen Interventionen wie z. B. Altersverifikation oder Voreinstellungen für Kinder und Jugendliche sind erforderlich, um positive wie negative Effekte auf die digitale Erfahrungswelt zu identifizieren und Lösungen zu entwickeln. Bei Altersverifikationssystemen besteht zum Beispiel das Risiko einer umfassenden Speicherung persönlicher Nutzerdaten, zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten (z. B. Konto der Eltern, VPN), die Abwanderung zu kleineren Diensten mit geringerem Schutzniveau oder allgemeine nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklung eines selbstbestimmten Umgangs mit digitalen Diensten und Medien.

Durchsetzung der Regeln für digitale Dienste

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die geltenden Transparenz- und Rechenschaftspflichten für digitale Dienste, Medienintermediäre und Video-Sharing-Dienste – wie sie unter anderem im Digital Services Act, Medienstaatsvertrag und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vorgesehen sind – unabhängig, angemessen und konsequent durchgesetzt werden. Hierfür ist es entscheidend, dass Medienanstalten und Behörden angemessen finanziell und personell ausgestattet sind. Insbesondere der DSC sollte dadurch befähigt werden, Verfahren zu Pflichtverletzungen in Bezug auf den Kinder- und Jugendschutz zu unterstützen.

Ausbau von Kompetenz- und Präventionsangeboten

Neben einer Stärkung der Plattformforschung und -regulierung sollte Medien- und Informationskompetenz (MIK) für Kinder und Jugendliche als zentraler Baustein zielgruppengerecht und nachhaltig ausgebaut werden. Beispielsweise hat das ISD-Bildungsprogramm „Young Digital Leaders“ demonstriert, wie hilfreich es sein kann, jungen Menschen, Eltern und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch zielgruppengerechte Formate MIK-Kompetenzen zu vermitteln oder sie zur Multiplikation solcher zu befähigen.¹¹ Die geplante altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive der Bundesregierung sollte den souveränen Umgang von Kindern und Jugendlichen mit der Informationsflut, den digitalen Verbreitungslogiken, gezielter Informationsmanipulation und Hassrede priorisieren. Hierbei ist es ratsam, die gesamte Wertschöpfungskette von Inhalten und Aktivitäten in der digitalen Welt zu berücksichtigen.¹²

Schließlich sollten wirksame lokale wie mobile Beratungsstellen und Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche, die etwa unter den Folgen von Cybermobbing, hasserfüllten Online-Begegnungen oder extremistischen Einflüssen leiden, nachhaltig gestärkt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Faktor, der weiter gestärkt werden sollte.

¹¹ <https://www.isdglobal.org/programme/young-digital-leaders/>

¹² https://reports.weforum.org/docs/WEF_Rethinking_Media_Literacy_2025.pdf